



Auch ein Kinder- und Jugendparlament wie hier in Offenbach könnte auf Landesebene helfen, sagt Helmolt Rademacher. ARCHIVBILD: R. HOYER

FR 8.10.2020 „Auf die Kinder wurde nicht gehört“

BILDUNG

„Schulen sollten sich systematischer mit Kinderrechten beschäftigen.“

Helmolt Rademacher Seite F19

Helmolt Rademacher über Demokratie in der Schule und die Frage, was es hilft, wenn die Kinderrechte in der Verfassung stehen

Wenn in den vergangenen Tagen Kinder an Schulen gerannt sind, dann haben sie möglicherweise für mehr Rechte demonstriert. Der Verein Makista hatte gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) zu dem sportlichen Protest eingeladen. Wir haben mit Helmolt Rademacher gesprochen, warum das überhaupt nötig ist. Rademacher (68) ist Landesvorsitzender der DeGeDe und hatte vor seiner Pensionierung zehn Jahre lang das Landesprojekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GUD) geleitet.

Herr Rademacher, Sie setzen sich seit Jahren für die Rechte von Kindern ein. Werden deren Wünsche und Ideen nicht ausreichend wahrgenommen?

In Familien werden Kinder in Entscheidungen einbezogen, dort werden sie gehört, und damit sind Kinder auch sehr zufrieden, wie Umfragen immer wieder belegen.

Die Ergebnisse beispielsweise des jüngsten Kinderbarometers, veröffentlicht von der Hessian Stiftung, zeigen aber, dass Kinder sich außerhalb der Familien sehr oft nicht ernst genommen fühlen. Gut die Hälfte gibt auch an, dass sie gar nicht wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie an ihrem Wohnort etwas ändern oder anregen möchten.

Es hängt vom Wohnort oder der Schule ab, ob Beteiligung durch Kinder und Jugendliche möglich ist oder nicht. In einigen Städten und Gemeinden gibt es Kinder-

und Jugendparlamente, aber das ist an vielen Orten noch ausbaufähig. Auch in den Schulen ist das unterschiedlich. Es gibt Schulen mit sehr viel Beteiligung, aber es gibt auch viele Schulen in denen das nicht der Fall ist.



Helmolt Rademacher (68) setzt sich seit vielen Jahren für die Rechte von Kindern ein. BILD: PRIVAT

Wie war das in den vergangenen Monaten? Wurden da die Anliegen der Kinder und Jugendlichen in der Corona-Pandemie berücksichtigt? Mit der Öffnung der Schulen beispielsweise hat man sich ja schwer getan.

In den meisten Fällen wurden sie tatsächlich nicht gehört, da wurden Pläne umgesetzt, ohne die Kinder dazu auch nur einmal anzuhören. Man hat erst gar nicht versucht, ihre Ideen aufzunehmen, wie man zum Beispiel in einer so schwierigen Situation besser lernen könnte. Beteiligungsmöglichkeiten wie die Schülervertretungen oder die Kinder- und Jugendparlamente sind kaum aktiviert worden.

Warum ist das nicht passiert?

Die Erwachsenen waren natürlich mit der Situation auch überfordert. Gerade in der Schule hat man sich aber fast vollständig auf die Vermittlung von Fachkompetenzen zurückgezogen, hat also nur noch ein schmales Gerüst an Hauptfächern geboten und die Vermittlung sozialer oder demo-

kratischer Kompetenzen vernachlässigt. Das ist symptomatisch dafür, dass man eben genau diese Kompetenzen auch sonst häufig vernachlässigt und dass sie nur schwach ausgeprägt sind. Dabei gibt es gute Beispiele einzelner Schulen, die Kinder sehr wohl in die Krisen-Konzepte eingebunden haben, sogar schon in der Grundschule.

Was hat man dort gemacht?

Diese Schulen haben zum Beispiel gefragt, was möchtet ihr nächste Woche lernen, was ist euch wichtig oder wie könnt ihr euch unter den Bedingungen virtuellen Lernens gut austauschen. Da gab es wirklich Beteiligung. Aber das waren leider nur Ausnahmen.

Würde ein Jugendparlament auf Landesebene, wie es der Kinder-schutzbund für Hessen fordert, daran etwas ändern können?

Das kann funktionieren, aber es müsste von der Politik dann auch wirklich ernst genommen und eingebunden werden. Nur dann kann es wirksam werden.

Was schlagen Sie vor, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen präsenter zu machen, damit sie stärker als bislang Berücksichtigung finden?

Die Rechte von Kindern haben in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit bekommen dadurch, dass sie ja nun auch in der hessischen Verfassung stehen. Das jedenfalls ist gut, reicht aber natürlich nicht. Wichtig ist, dass die Schulen sich systematischer mit Kinderrechten beschäftigen. Dort braucht es eine Entwick-

lung hin zu mehr Demokratie. In Hessen haben wir immerhin 26 Schulen, die sich intensiv mit Kinderrechten beschäftigen. Aber man wünscht sich natürlich, dass das mehr werden.

Was sollte da geschehen?

Gut wäre es, wenn es beispielsweise mehr Schulen geben würde, in denen Klassenräte üblich sind und es Schülerparlamente mit einem kleinen, aber immerhin eigenem Budget gäbe. In Gesamtschulen gibt es bis zur Klassenstufe 10 wöchentlich eine Stunde, in der ein solcher Klassenrat stattfinden kann. In den Gymnasien endet das in der Regel mit der sechsten Klasse. Da müsste die Kultusverwaltung die Möglichkeit schaffen, das auch dort im Stundenplan unterzubringen.

Sollte das verpflichtend für alle Schulen werden?

Von Zwang halte ich da nichts. Ob die demokratischen Instrumente an den Schulen funktionieren, hängt sehr stark von der Haltung der Lehrkräfte ab. Deshalb ist es wichtig, dass es vor der Einführung etwa von Klassenräten eine Fortbildung für die Lehrkräfte gibt, sonst besteht die Gefahr, dass das alles nur pro forma gemacht wird und nicht wirklich ein lebendiges Instrument ist. Schön wäre auch, wenn die Politik Vereinen wie beispielsweise Makista (Macht Kinder stark für Demokratie) mehr Aufmerksamkeit schenken würde, die sich oft mit geringen Mitteln sehr engagiert für Kinderrechte einsetzen.

INTERVIEW: PETER HANACK

